

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 25

Charlottenburg, Freitag, den 22. Juni 1917

Jahrg. 44

## Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

II.

Ein besonderer Programmpunkt der Kriegsbeschädigten-Vereinigung ist die Bildung von „Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter“. Blinde und andere schwer Beschädigte, die als Bürstenbinder, Stuhl- und Korbflechter oder sonstige Heimarbeit ausgebildet wurden und die neue Erwerbstätigkeit nunmehr selbständig betreiben, sollen bei der Beschaffung von Rohmaterialien unterstützt werden wie auch bei der Auffindung von Absatzquellen, und zwar in der Weise, daß Kriegsbeschädigte Kaufleute oder andere federgewandte Kameraden die notwendigen Schreibereien unentgeltlich für sie besorgen. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privat- und Kleinhändler arbeitenden Kleinhandwerker lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schicken; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne erst den gelegentlichen Besuch eines Kameraden abzuwarten. Befinden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unseren Konsumvereinen die gegebenen Absatzquellen. Die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Heimarbeiter aber müssen die Mitgliedschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation fortsetzen oder aber der für sie zuständigen Organisation beitreten, um ihre Berufsinteressen in jeder Weise gewahrt zu wissen. Die einzelne Berufsorganisation kann dies natürlich weit wirksamer, als es einer Organisation der Kriegsbeschädigten für die Arbeiter und Angestellten der verschiedensten Berufe beim besten Willen möglich sein würde. Bei dieser Gelegenheit seien die weniger festsitzenden Kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder auf den Nachteil hingewiesen, der ihnen aus der Preisgabe ihrer Mitgliedschaft erwächst. Bauen sie auf all die Versprechungen, die ihnen die Kriegsbeschädigtenvereinigung macht, dann können sie leicht zu dem Glauben verleitet werden, durch den Anschluß an dieselbe, bei einem Monatsbeitrag von 50 Pf. ihre Interessen vollauf gewahrt zu sehen. Unterlassen sie es deshalb, ihre Mitgliedschaft im Verbandsorgan fortzusetzen, so begeben sie sich damit aller bisher erworbenen Rechte, auf die sie auch beim Uebertritt zu einer anderen gewerkschaftlichen Organisation, die für ihre neue Erwerbstätigkeit zuständig ist, Anspruch haben. Kommen sie hinterher zur Einsicht, daß die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigtenorganisation ihnen nichts bieten kann, sondern der Anschluß an ihren Verband nach wie vor notwendig ist, dann können ihnen die infolge der früheren Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht mehr eingeräumt werden.

Die Hilfe für franke Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebensowenig direkt leisten, als die Gewerkschaften es tun könnten. Es kann sich da lediglich um gelegentliche Besuche handeln und um etwaige Vermittelung der notwendigen Hilfeleistungen. Die Familienangehörigen der Kranken aber werden in den wenigsten Fällen darauf warten können, bis ein Beauftragter vom Kriegsbeschädigtenverein Zeit hat, einen Besuch zu machen. Sie werden selber bemüht sein, die nötige Hilfe zu schaffen und soweit es notwendig ist, sich hierzu Unterstützung zu holen oder Beschwerde führen, wozu ihnen das Geschäftszimmer des Verbandes oder des Arbeitersekretärs jeden Tag offen steht.

Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einen weiteren Programmpunkt der Vereinigungen bildet, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie z. B. die öffentlichen Schwimmbäder den Amputierten zu bestimmten Stunden ausschließlich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation geschehen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband noch sogenannte Landabteilungen schaffen. Soweit der beabsichtigte Zweck, den Mitgliedern bei der Pachtung eines Stückchen Kartoffel- und Gemüselandes und dem Bedarf zu dessen Bestellung und Bearbeitung behilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen erreicht werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen durch die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestellten-schaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Weiter ist die Einrichtung eines Unterstützungsfonds beabsichtigt. Der Ansammlung eines solchen durch Heranziehung weiterer Kreise stehen behördliche Schwierigkeiten im Wege, während sich aus Mitgliederbeiträgen ein nennenswerter Fonds im Verhältnis zu den Ansprüchen nicht schaffen läßt, ohne die Mitglieder allzu sehr zu belasten. Jedenfalls steht dieser Fonds einstweilen erst auf dem Programm als ein Werbemittel für den Verband. Ohne die gute Absicht der Gründer desselben anzuzweifeln, muß doch gesagt werden, daß es von ihren Plänen ein weiter Weg ist zu ihrer Verwirklichung. Alle die Einrichtungen, die hier erst geschaffen werden sollen, haben die Kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder bereits in ihren Organisationen zur Verfügung.

Kurzum, eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten ist ebenso überflüssig, als die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgend erwerbstätigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, so laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unberechtigt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Widerhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein ungleich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen könnte.

Die Kriegsbeschädigten sollen und müssen selber mitwirken an der Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen, ohne daß sie sich dabei auf sich allein verlassen und die Mitwirkung ihrer gesamten Berufsgenossen ausschlagen dürfen. Sie können es in einer Sonderorganisation nicht allen Parteien recht machen, ohne es schließlich mit allen zu verderben. Sie müssen sich auf ihre bisherigen Organisationen stützen, die in jedweder Weise bereit und bemüht sind, sich ihrer Kriegsbeschädigten Mitglieder gehörig anzunehmen. Aber auch für die Gewerkschaftskartelle wird es selbstverständlich sein, die ihnen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwachsenden Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen.

ez

# Internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm.

Neben den zum Teil bereits begonnenen Besprechungen der sozialistischen Parteivertreter aus den kriegführenden und neutralen Ländern über die Grundlagen eines Verständigungsfriedens hat in Stockholm eine internationale Gewerkschaftskonferenz stattgefunden. Sie ist einberufen von der holländischen Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Es handelt sich um die Festlegung gewerkschaftlicher Forderungen zum Friedensvertrag. In erster Linie wird die volle Freizügigkeit der Arbeiter gefordert, allgemeine Aus- und Einwanderungsverbote sollen in dem kommenden Friedensvertrag für unzulässig erklärt werden. Indessen soll den Staaten das Recht vorbehalten sein, bei schlechter Wirtschaftslage die Einwanderung zeitweilig zu beschränken, auch sollen Mindestforderungen an die Kultur der Einwanderer gestellt werden dürfen, z. B. die Kenntnis des Lesens und Schreibens. Anwerbung und Zulassung von Kontraktarbeiten soll verboten werden. Auch wird eine internationale Arbeitsmarkt-Statistik gefordert.

Sodann wird die volle Freiheit der Vereinigung für die Arbeiter, auch für die ausländischen, sowie ihr Rechtsanspruch auf die tariflich festgesetzten oder ortsüblichen Arbeitsbedingungen gefordert. Weiter werden umfangreiche Forderungen an die soziale Versicherung gestellt. Länder, die noch keine Versicherung gegen Krankheit, Berufsunfall, Invalidität, Alters- und Arbeitslosigkeit eingeführt haben, sollten verpflichtet werden, dies in kürzester Zeit nachzuholen. Die eingewanderten Arbeiter sollen unter allen Umständen in der Sozialversicherung den einheimischen Arbeitern gleichgestellt sein. Ueber Rentenzahlung ins Ausland und die Gleichstellung der Berufsranken mit den Berufsunfällen sollen zwischenstaatliche Verträge auf Gegenseitigkeit abgeschlossen werden.

Die tägliche Arbeitszeit soll für alle Arbeiter auf höchstens 10 Stunden beschränkt werden und nach Ablauf vereinbarter Fristen allmählich auf 8 Stunden verkürzt werden. Die Arbeitszeit in Bergwerken, ununterbrochenen Betrieben und besonders gesundheitschädlichen Industrien soll von vornherein 8 Stunden nicht überschreiten dürfen, Nachtarbeit und Ausnahmen von der 36-stündigen Sonntagsruhe sollen nur in wenigen, ganz bestimmten Ausnahmefällen gestattet sein. Zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter sollen einheitliche Vorschriften erlassen und besonders gesundheitsgefährdende Produktionsmethoden international verboten werden.

Alle Gesetze und Verordnungen des Arbeiterschutzes sollen sinngemäß auch auf die Heimindustrie angewendet werden; auch die Sozialversicherung ist auf sie auszudehnen. Für Lebens- und Genußmittelerzeugung sowie für Arbeiten, bei denen Vergiftungen und andere schwere Gesundheitsschädigungen vorkommen können, ist die Heimarbeit vollständig zu verbieten. Für Minderjährige in der Heimindustrie ist dauernde ärztliche Ueberwachung einzuführen. Für alle Heimarbeiter soll die Führung von Lohnlisten und die Aushändigung von Lohnbüchern sowie die Errichtung paritätischer Lohnämter Zwangsvorschrift sein.

Kindern unter 15 Jahren soll jede Erwerbstätigkeit international verboten werden. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren sollen täglich höchstens 8 Stunden beschäftigt werden und nach höchstens vierstündiger ununterbrochener Arbeitszeit eine 1<sup>1/2</sup>-stündige Ruhepause haben. Nacht-, Sonntags- und Untertagsarbeit der Jugendlichen ist zu verbieten. Für den auszubauenden Fach- und Fortbildungsschulunterricht soll in allen Ländern den Jugendlichen genügende Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten soll international begrenzt werden und Sonnabends mittags um 12 Uhr endigen. Nachtarbeit und Mitgabe von Arbeit nach Hause nach verrückter Arbeitszeit ist zu verbieten. Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitschädlichen Betrieben und in Bergwerken unter und über Tage soll allgemein untersagt werden. Vor und nach der Niederkunft sollen Frauen während mindestens 10 Wochen, davon mindestens 6 Wochen nach der Entbindung, nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen. Die Einführung einer ausreichenden Mutterschaftsunterstützung aus der staatlichen Versicherung ist allen Staaten zur Pflicht zu machen.

Als letzter Punkt endlich werden internationale Richtlinien für die Durchführung des Arbeiterschutzes entworfen. In allen Ländern soll ein wirksames Gewerbe-

aufsicht unter Hinzuziehung der Arbeiter und Verleihung des Vollzugsrecht auch an die weiblichen Beamten eingeführt werden. Die Berufsverbände sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes überall heranzuziehen. Wo in einem Betrieb mehr als fünf fremdsprachige Arbeiter beschäftigt sind sollen die Unternehmer gesetzlich verpflichtet werden, auf eigenen Kosten und unter öffentlicher Kontrolle Unterrichtsstufe einzurichten, in denen die Arbeiter die Sprache des Landes lernen, damit sie die Arbeiterschutzbestimmungen verstehen. Als Organe für die Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes sollen die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Sitz Basel) und ihr Internationales Arbeitsamt ausdrücklich anerkannt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund soll eine Vertretung in diesem Amt erhalten.

Dies sind die Hauptpunkte der internationalen gewerkschaftlichen Forderungen für das zu schließende Friedensstratagem in kurzer Inhaltsangabe zusammengefaßt. Zu ihrer Begründung begnügt sich der Internationale Gewerkschaftsbund darauf hinzuweisen, daß es sich größtenteils um gesetzliche Bestimmungen handelt, deren praktische Durchführbarkeit in einzelnen Ländern schon erprobt sei; jetzt komme es nur darauf an, international eine gewisse Einheitlichkeit der grundlegenden Bestimmungen des Arbeiterschutzes zur Anerkennung zu bringen.

## Stimmen aus dem Felde.

Der Kollege Carl Burkart von der Zahlstelle Neuhaus bei Sonneberg schreibt uns:

Die Durchsicht der letzten „Ameise“ hat mir eine besondere Freude bereitet und zwar war es die Notiz von Königszell, wo auch ich einmal in trüber Zeit Unterschlupf suchte und fand. Schon damals war ein kleiner Stamm von Verbandsmitgliedern vorhanden. Daß daraus aber heute eine ansehnliche Zahlstelle geworden ist, wird jeden Kenner der Verhältnisse in Königszell, jeden Anhänger der Arbeitersache eine ungemischte Freude empfinden lassen. Den neugewonnenen Kollegen in Königszell meinen besonderen Gruß mit dem Zurufe: Nur aber vorwärts auf der einmal beschrittenen Bahn.

C. B.

## Aus unserem Berufe.

Berlin. Unsere Zahlstellenverwaltung hat sich in letzter Zeit viel Mühe gegeben, um in die gegenwärtigen Verhältnisse in der Schildermalerie einen genaueren Einblick zu gewinnen. Von den ehemaligen Kollegen ist nur noch ein kleiner Stamm übrig geblieben, der in friedlichen wie erregten Zeiten unserm Verbands die Treue gehalten hat. Alle anderen sind teils zum Heere eingezogen, teils in andere Berufe, besonders in die Kriegsindustrie, übergegangen. Nur noch ein kleiner Teil arbeitet zurzeit in den Schildermalerieen, und scheint dort so günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben, daß ihnen das Verständnis für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage abhanden gekommen ist. Alle Bemühungen der Verwaltung, die Schildermaler wieder enger zusammen zu schließen sind bisher an dem lauen und gleichgiltigen Verhalten dieser Kollegen gescheitert. Der Besuch, der für die Schildermaler besonders einberufenen Branchen-Sitzungen, zu denen schon zweimal durch Handzettel jeder einzelne persönlich eingeladen wurde, war immer ein so geringer, daß vorstehendes Urteil durchaus gerechtfertigt erscheint. Die erschienenen Kollegen waren allerdings der Meinung, daß ihre beruflichen Verhältnisse durchaus nicht so rosig sind. Die Löhne müssen als äußerst gering bezeichnet werden und sind mit den Kosten der heutigen Lebenshaltung nicht in Einklang zu bringen. Es kommen größtenteils wohl nur junge Leute in Frage. Ein Stundenlohn von 80 Pf. ist aber bei Berliner Lebensverhältnissen auch bei den allerbescheidensten Ansprüchen für die dringendsten Erfordernisse nicht ausreichend. Das Schildermaler-Gewerbe liegt infolge des Krieges allerdings fast vollständig darnieder. Bei der herrschenden Knappheit an Lebens-, Genuß- und Bedarfsartikeln ist der Konkurrenzkampf so gut wie ausgeschaltet, der Anreiz und die Notwendigkeit zur Reklame ist infolgedessen in Wegfall gekommen. Für diese Zwecke werfen die Unternehmer und Handelsfirmen heute kein Geld weg. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, geht die Schildermalerie einer guten Konjunktur entgegen. Aufträge sind vorhanden, aber meistens bis zur Beendigung des Krieges zurückgestellt.

Was läge im Hinblick darauf für die Kollegen der Schildermalererei näher, als schon jetzt mit den Vorarbeiten zu beginnen, sich enger zusammenzuschließen, um zu gegebener Zeit mit Aussicht auf Erfolg an eine anderweitige Regelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herantreten zu können. Der Porzellanarbeiterverband, dem die Schildermaler bisher die Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen anvertrauten, muß erwarten, daß sie sich endlich wieder aufraffen, die bisherige Lauheit und Gleichgültigkeit abschütteln und regen Anteil nehmen an den Vorarbeiten, die gerade jetzt geleistet werden müssen. Dazu ist in erster Linie erforderlich, die regelmäßig jeden Monat stattfindenden Branchenstungen zu besuchen, in denen die Unterlagen für ein ferneres gedeihliches Arbeiten gefunden werden müssen. Die Kollegen im Felde erwarten mit Bestimmtheit, und haben auch ein Anrecht darauf, daß die Daheimgebliebenen einer Verschlechterung der Berufsverhältnisse mit aller Kraft entgegen arbeiten. Richte jeder sein Verhalten so ein, daß er sich vor den aus dem Felde Heimkehrenden nicht zu schämen braucht. Wir rufen allen Kollegen zu: Lasset die Zeit nicht ungenützt verstreichen, wer noch nicht Mitglied unseres Verbandes ist, muß es jetzt werden, beim Eintritt der zu erwartenden Hochkonjunktur müssen alle Vorarbeiten schon erledigt sein, damit dann ev. zu stellende Wünsche und Forderungen auch mit der erforderlichen Geschlossenheit, mit dem notwendigen Nachdruck vertreten werden können. Die kommende Zeit erfordert von der gesamten deutschen Arbeiterklasse die regste Anteilnahme am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Die kommende Zeit erfordert aber auch, daß die Arbeiterschaft sich den ihr gebührenden Einfluß zu sichern versteht. Das kann und wird nur der Fall sein, wenn jeder einzelne sich überzeugen läßt, daß er allein und als Einzelner dazu nicht in der Lage ist, daß es nur mittels der beruflichen Organisation möglich sein kann, diesen Einfluß zu erhalten und zu sichern. Wenn es wirklich noch eines Hinweises bedarf, welchen Wert der Zusammenschluß in der Organisation für den einzelnen bedeutet, dann sollen sich die Kollegen einmal die Erfolge der Unternehmer-Organisationen ansehen, denen es fast immer und ausnahmslos gelungen ist, die Verkaufspreise und Absatzmöglichkeit ihrer Produkte so zu regeln, daß der Gewinnanteil des einzelnen nicht unbeträchtlich gesteigert werden konnte. Darum noch einmal: Kollegen von der Schildermalerbranche! Kein Zaudern und Zögern mehr! Organisiert euch, aber so bald wie möglich. Keiner bleibe zurück, jeder helfe an dem großen Werke. Hinein in den Verband der Porzellanarbeiter.

**Breslau.** Im Betriebe der „Fabrik technischer und sanitärer Steingutwaren, G. m. b. H.“ fanden am 6. Juni Verhandlungen statt zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß wegen Erhöhung der Steuerungszulage und verschiedener Preise und Löhne. Unsere Kollegen führten den Nachweis über die Notwendigkeit erhöhter Bezahlung und Zulagen, was von der Betriebsleitung im großen und ganzen auch anerkannt wurde. So ergaben die Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis. Die Steuerungszulagen für alle im Auftrage Beschäftigten wurden erhöht auf 15 Proz. Wochen- und Stundenlöhner erhalten 10 Prozent. Diese Steuerungszulagen erscheinen als sehr geringe, besonders die letztgenannten. Deshalb ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Stundenlöhne um 10—20 Pf. erhöht worden sind. Verschiedene Preise, besonders in der Gießerei, wurden ebenfalls nicht unerheblich aufge bessert und noch diverse innere Angelegenheiten des Betriebes zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. — Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Tarifverlängerung besprochen, da der Tarif, welcher am 12. Juli 1914 durch Verhandlungen des Gauleiters Hirsch mit der Firma abgeschlossen wurde, am 31. Juli dieses Jahres endgültig abläuft. Diese Angelegenheit wurde nachträglich in einer Sitzung der Vertrauenspersonen dem Gauleiter unterbreitet. Es wurde beschlossen, die Frage in einer Versammlung, welche am 27. Juni stattfinden soll, endgültig zu erledigen, damit dann der Gauleiter an der Hand des Beschlusses der Betriebsleitung Vorschläge zur evtl. Verlängerung des Tarifvertrages machen kann.

**Königszell.** Vor kurzer Zeit fanden in Königszell die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Betriebsleitung statt, wozu die Betriebsversammlung am Himmelfahrtstage den Ausschuß beauftragt hatte. Es wird uns darüber durch den Gauleiter Hirsch berichtet, daß die Verhandlungen sehr sachlich geführt wurden. Die verschiedenen kleinen Einzelforderungen gewisser Kategorien wurden fast ausnahmslos bewilligt. In Rücksicht auf die jetzt besonders

gefährdete Gesundheit der Porzellanarbeiterschaft ist auch zu begrüßen, daß eine bessere und sachgemäßere Reinigung der Arbeitsräume durchgeführt werden soll. Unter anderem konnte auch durch die Verhandlungen des Ausschusses eine bei den Druckerinnen ausgebrochene ernstere Differenz beigelegt werden, da die Betriebsleitung ein verständiges Entgegenkommen zeigte. Die Hauptforderung der Arbeiterschaft, die Erhöhung der Steuerungszulagen auf 25 Proz., konnte bei den Verhandlungen noch keine endgültige Erledigung finden. Die Betriebsleitung betonte, daß die Firma schon 20 Proz. auf die Löhne gewähre, nämlich 10 Proz. Steuerungszulagen, 5 Proz. Gratifikation und außerdem erhalten alle Frauen eingezogener Arbeiter pro Woche 1,50 M. und jedes Kind 0,50 M., was weitere 5 Proz. ausmache. Viele Betriebe bezahlen noch nicht einmal soviel. Da zum 1. Juli das Geschäftsjahr abläuft, will man erst das Ergebnis desselben abwarten. Außerdem tritt zu diesem Zeitpunkt ein Wechsel in der Betriebsleitung ein, da der bisherige Generaldirektor dann die Firma verläßt. Es werden in einiger Zeit erneut Verhandlungen stattfinden in dieser Angelegenheit.

Dann berichtet der Gauleiter, daß die Mitgliederzahl in Königszell weiter rapid zugenommen hat, sodaß wir schon annähernd 200 Mitglieder zu verzeichnen haben. Alle wichtigen Abteilungen sind jetzt organisiert. Es ging ähnlich wie in Stanowitz. Dort war es eine einzige Kollegin, die trotz allem treu zum Verbands gehalten hatte, in Königszell war noch ein Kollege verblieben, der trotz aller Hindernisse und der früheren Verbote durch 12 Jahre der Organisation die Treue hielt. Er half freudig immer wieder an den Vorbereitungen zum neuen Aufbau. Die Königszeller Kollegen und Kolleginnen werden, nachdem sie so lange Zeit meist unorganisiert waren, erst allmählich begreifen lernen, was sie sich durch ihren Beitritt zur Organisation für eine starke Machtposition erobert haben. Durch treues und festes Zusammenhalten — einer für alle und alle für einen — müssen unseren Königszeller Mitgliedern weitere Fortschritte und Erfolge sicher sein. Auch für weiteren Ausbau der Organisation muß Sorge getragen werden. Die noch unorganisiert sind, müssen dem Verbands geführt werden. Wenn jedes unserer Mitglieder ein neues Mitglied gewinnt, ist die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes organisiert. In Stanowitz haben wir es fast soweit! Sollte es in Königszell nicht auch gelingen?

**Stadtlengsfeld.** Ueber die Zustände in der Porzellanfabrik Stadtlengsfeld sind uns schon wiederholt Berichte zugegangen, die erkennen lassen, daß dort sehr viel zu bessern ist. Die Fabrik, die jetzt auch Heereslieferungen zu besorgen hat, dürfte damit unter die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes fallen. In Inseraten der Firma, in denen Arbeitskräfte gesucht wurden, fehlte demzufolge der Hinweis nicht, daß Hilfsdienstpflichtige sich melden sollen. Daß das Hilfsdienstgesetz aber nicht nur dazu geschaffen ist, den Unternehmern Arbeitskräfte zu besorgen und zu erhalten, die sie sonst nicht bekommen würden, sondern daß es auch Bestimmungen enthält, um die Rechte der Arbeiter zu schützen, das scheint der Betriebsleitung in Stadtlengsfeld weniger bekannt zu sein. Nach den uns gewordenen Mitteilungen scheint das Grundübel darin zu suchen sein, daß ein auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gewählter Arbeiter-Ausschuß fehlt. Angeblich soll der Vorstand der Betriebskrankenkasse gleichzeitig als Arbeiter-Ausschuß fungieren. Von letzterem ist aber nicht mehr bekannt, als daß der Direktor ihm als Vorsitzender angehört. Ob außerdem noch eine oder mehrere Personen diesem Ausschusse angehören, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Daß dieser Ausschuß den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes entsprechen sollte, wird wohl der Vorsitzende dieses „Arbeiter“-Ausschusses selbst nicht behaupten wollen. Beschwerden über die in Hülle und Fülle vorhandenen Mißstände sind demzufolge nicht anzubringen, kann auf deren Abstellung nicht hingearbeitet werden. Im Brennhaufe fehlt es ständig an Arbeitskräften, was bei einem Stundenlohn von 34 Pfg. für männliche und 20 Pfg. für weibliche Arbeiter bei gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu verwundern ist. Infolgedessen fehlt es in der Dreherei ständig an Brettern, so daß oftmals halbe Tage versäumt werden müssen wegen Brettermangel, ohne daß der Arbeiter die versäumte Zeit entschädigt erhält. Dafür regnet es aber bei jeder Kleinigkeit Geldstrafen, wahrscheinlich — der Ordnung wegen. In der Geschirrdreherei werden noch 5 Prozent als Bezahlung für die Lieferung der Masse dem Arbeiter vom Lohne abgezogen.

Nach unserer Auffassung fehlt es in allererster Linie in Stadtlengsfeld an einer örtlichen Organisation der Arbeiter.

Wäre diese vorhanden und so beschaffen, wie sie sein muß, wenn sie den Arbeitern Nutzen bringen soll, dann konnten sich Mißstände in solcher Ueberszahl nicht einschleichen.

Mit dem Lamentieren ist nichts geschehen, da heißt es Hand anlegen, die gänzlich unangebrachte Mutlosigkeit und Scheu einmal abstreifen und sich auf sein Recht als Mensch und Arbeiter besinnen. Hinein in die Organisation, in den Verband der Porzellanarbeiter, die Versammlungen besucht, auch dann, wenn gedroht werden sollte, daß den Angehörigen der Kriegsteilnehmer die Unterstützung entzogen wird, sofern sie die Versammlungen besuchen. Sofern sich die Kollegen auf sich selbst bestimmen, von ihrem Rechte, sich zu organisieren Gebrauch machen, würden nicht nur die Mißstände auszumerzen sein, sondern es würde dann auch möglich sein, eine Teuerungszulage für alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlangen. Die Fabrik Stadtlengsfeld gehört dem Schutzverein deutscher Porzellanfabriken an, hat demnach den Vorteil der Organisation für sich. Die Arbeiterschaft sollte sich endlich überzeugen, daß sie gar keinen Anlaß hat, auf die Vorteile zu verzichten, die ihr aus der Zugehörigkeit zur beruflichen Organisation erwachsen.

**Stanowitz.** Im Auftrage der Arbeiterschaft ersuchte der Arbeiterausschuß die Betriebsleitung um Erhöhung der Teuerungszulagen auf 25 Proz.

## Vermischtes.

Die vierte Generalversammlung der Volksfürsorge findet am Dienstag, dem 26. Juni 1917, im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg statt. — Die Verwaltung ist in der Lage, für das dritte Kriegsgeschäftsjahr 1916 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten zu können, da sich bei der Steigerung des Versicherungsbestandes auf 191 736 in Kraft befindliche Policen nach reichlichen Zuwendungen an die Reserven noch ein Ueberschuß von 217 421 M. ergab. Die nach verschiedenen Tarifen versicherte Summe beträgt 28 468 029 M., davon bei den 123 715 Kapitalversicherungen allein 26 362 841 M. Dem Organisationsfonds ist auch im Jahre 1916 nichts entnommen worden.

**Schließung italienischer Porzellanfabrik.** Die Kohlennot zwingt in Italien zu neuen Betriebseinschränkungen. Ähnlich wie in Frankreich und England wird beabsichtigt, auf vielen Strecken nur noch zwei Schnellzüge täglich verkehren zu lassen. Auch die Industrie ist infolge der Kohlenkrise zu neuen Stilllegungen genötigt. Eine der größten industriellen Unternehmungen Italiens, die Porzellanmanufaktur Richard Ginori in Sesto Fiorentino, hat den Betrieb eingestellt. Auf die Vorstellungen einer Arbeiterdeputation erklärte die Geschäftsleitung, daß sie zu dieser Maßnahme genötigt worden sei, weil sie trotz der dringendsten Vorstellungen bei der Regierung keine Kohlen erhalten könne. (Brühns Fachblatt.)

**I. K. Der Achtstundentag in holländischen Glasbläsereien.** Der Niederländische Verband der Glas- und Porzellanarbeiter hatte in seinem Kampfe gegen die Nachtarbeit und für den Achtstundentag durchgesetzt, daß die Fabrikanten sich auf einen probeweisen Versuch einließen. Dieser Versuch war dann von ihnen als mißglückt erklärt worden. Der Verband deckte die Schiebungen auf, auf denen dieses ungünstige Urteil beruhte. Im vorigen Jahre erreichte die Organisation, daß in den Vereinigten Glasfabriken Veerdam-Blaardingen eine neue Probe gemacht wurde. Diese glückte derart, daß die Nachtarbeit abgeschafft wurde. Ein gleiches geschah bei gleichzeitiger Einführung von zwei Achtstundenschichten per Tag in der Fabrik von Hasekamp in Schiedam. Der Besitzer des Unternehmens schreibt, wie das Verbandsorgan berichtete, daß die Kriegszeitfähigkeit sich mehr als erfüllt habe und daß er sich nicht den früheren Zustand zurückwünschte.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch bei den Versammlungen erwünscht.

**Breslau.** Mittwoch den 27. Juni, bei Zimmermann, Matthiasstr. 180. Referent: Gauleiter Martin Hirsch. Es sind äußerst wichtige Angelegenheiten zu besprechen, deswegen darf niemand der Versammlung fern bleiben.

## Adressen-Änderungen.

**Freienort.** Kassierer: Karl Stang, Rajshausen, Obergasse 98.

## Breslau.

**Sonntag, den 1. Juli: Ausflug nach Wilhelmshafen.** Abfahrt von der Dampferhaltestelle Sandbrücke 6 Uhr oder Ohlau-Ufer 6 Uhr 5 Min. Von da weiter nach Bartheln. Kollegen und Freunde sind willkommen. Die Verwaltung.

## Golditz.

Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Bettiner Hof“: Betriebsversammlung für die Arbeiter der Steingutfabriken-Altien-Gesellschaft und Thomsberger & Hermann. Vortrag des Gauleiters Martin Hirsch über: „Was muß der Arbeiter vom Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wissen?“ Zahlreichen Besuch erwartet

Die Verwaltung.

## Arbeitsmarkt.

Wie wir aus der „Ameise“ Nr. 23 vom 8. Juni ersehen, sind von der Firma Thomsberger & Hermann in Golditz sämtliche Leute wegen Kohlenmangel per 12. Mai gekündigt worden. Wir geben hiermit bekannt, daß wir sämtliche Leute für dauernde Beschäftigung in allen Abteilungen der Fabrikation und Expedition sofort einstellen können, auch kann für Unterkunft gesorgt werden.

Bewerbungen an

Steingutfabriken Velten-Bordamm G. m. b. H.  
Bordamm (Ostbahn).

Je ein tüchtiger

### Garnierer und Sießer

zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung gesucht.

Ludw. Wessel, Alt.-Gef.  
Sonn a. Rhein.

### Junger Maler für Ansichten kolorieren

sofort gesucht.

Stern-Porzellan-Gesellschaft m. b. H.  
Tiefenfurt, Schlesien.

### Formengießer

sucht dauernde Stellung in Porzellan-, Steingut- oder Terrakottafabrik. Gest. Angebote erbeten an

Paul Martin, Althaldensleben,  
Hundisburgerstr. 9.

### Tüchtigen Becherdreher, Tüchtigen Hohlgeschirrdreher, Tüchtigen Porzellanschleifer

auf Maschinenscheibe stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S., Ferdinand Selle  
Burgau bei Jena.

### Tüchtigen Aufglasurmaler für Gold und Rosen

stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S., Ferdinand Selle  
Burgau bei Jena.

Wir suchen einen tüchtigen geschickten

### Formengießer

zum sofortigen Antritt. Lohnansprüche sind anzugeben.

Steingutfabrik Golditz A.-G.  
Golditz i. Sa.

Suchen tüchtigen, geübten

### Schablonenschneider

der auch einzurichten versteht, für dauernde Stellung, eventuell auch Kriegsinvalide.

Steingutfabrik Velten-Bordamm G. m. b. H.  
Bordamm-Ostbahn.

## Geschäfts-Anzeigen.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Metallstücke zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung**  
Oskar Rottmann, Stadtm.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Metallstücke zum Einschmelzen**

kauft W. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 H.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4

Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22